

NPD ab und wirbt mit dem Umbau des Sozialstaates nach völkisch-rassistischen Kriterien: »Deutschen« wird versprochen, auch in Zukunft an den schwindenden materiellen und sozialen Ressourcen teilhaben zu können – und zwar auf Kosten der Nicht-Deutschen. Der »volksgemeinschaftlich organisierte« (Gansel) Sozialstaat zeichne sich durch die »Ethnisierung des Sozialen (*wir* Deutschen oder *die* Fremden)« aus. Der zentrale von der NPD verwendete Terminus, der die sozialpolitische »Inklusionsverheißung« (Frank Bajohr/Michael Wildt) benennt, ist »Volksgemeinschaft«. Der Begriff, von der Partei durchaus mit Verweis auf das NS-Regime verwandt, verweist darauf, dass weder ein Gleichheitsversprechen formuliert wird, noch dass alle im Staat lebenden Menschen Teil dieser Gemeinschaft werden können. Die soziale Sicherheit der »Deutschen« beruht vielmehr auf der Ausgrenzung und Entrechtung der Nicht-Deutschen und »Volksfeinde«. Ihnen wird weder ein Anspruch auf Sozialleistungen noch ein Existenzrecht zugestanden.

Die von der NPD angestrebte »Volks-

gemeinschaft« erfordert zugleich die Unterordnung des Einzelnen unter die Interessen des Staates. Sollten diese es erfordern, dass weniger Ressourcen für die soziale Sicherheit verfügbar sind oder sollte das Lohnniveau sinken, so ist dies widerspruchslos zu akzeptieren: »Das Versprechen ist nicht einfach steigender Wohlstand für alle Deutschen. Es ist nicht einmal so, daß keiner mehr auf Hartz IV-Niveau leben muß«. Vielleicht müssen zeitweise sogar noch mehr Deutsche auf niedrigerem Einkommensniveau leben«, prognostizierte die Publizistin Angelika Willig in einem Beitrag in der *DS*.

Die Kapitalismuskritik der NPD fußt auf antisemitischen Vorstellungen und präsentiert rassistische »Lösungen« für soziale Missstände. Die Ablehnung von Einschnitten bei den Sozialleistungen nutzt die NPD als populistische Forderung im Wahlkampf. Doch der »Sozialstaat« der NPD stellt nicht nur ein rassistisches Apartheidregime dar, sondern bedeutet auch einen Rückschritt hinter den Stand der sozialen Leistungen nach den Reformen der »Agenda 2010«. ■

Sebastian Dullien

Guter Kapitalismus und Weltfinanzmarktdominanz – ein klarer Widerspruch

Der Begriff »guter Kapitalismus« löst bei vielen Progressiven zunächst Widerwillen aus: Wie kann denn Kapitalismus gut sein, wo er doch regelmäßig Krisen produziert, zu massiver Ungleichheit führt und Ausbeutung von Mensch und Umwelt fördert?

Sebastian Dullien

(* 1975) ist Professor für Allgemeine Volkswirtschaftslehre, insbesondere internationale Wirtschaft an der Hochschule für Technik und Wirtschaft in Berlin. Er ist Mitautor des Buches *Der gute Kapitalismus* (transcript Verlag).

sebastian.dullien@htw-berlin.de



Sicher, der Kapitalismus hat viele hässliche Gesichter, von dem Elend, das schon Karl Marx in seiner Kritik an dieser Wirtschaftsordnung beschrieb, bis hin zu der Armut, Ausgrenzung und Massenarbeitslosigkeit in unserer heutigen Gesellschaft. Doch diese Probleme sind nicht zwingender Bestandteil des Kapitalismus.

Der Kapitalismus hat viele, wenn auch zunächst weniger sichtbare, positive Elemente. Er ist zum Beispiel ein gewaltiger und beeindruckender Innovationsmotor.

Viele der technischen Entwicklungen und insbesondere ihre praktische Anwendung, die unser Leben erleichtern und unseren hohen Lebensstandard erklären, sind durch die kapitalistische Wirtschaftsordnung entstanden. Der Kapitalismus ermöglicht es Unternehmern mit guten Ideen unabhängig von Herkunft und Vermögen, ihre Visionen in die Realität umzusetzen – solange Kunden für neue Produkte gefunden werden. Damit hat der Kapitalismus grundsätzlich wichtige demokratische und emanzipatorische Elemente.

»Guter Kapitalismus« bezeichnet eine Wirtschaftsordnung, die solche positiven Seiten des Kapitalismus sichert, gleichzeitig aber dafür sorgt, dass Wirtschaftswachstum möglichst krisenfrei und ökologisch verträglich stattfindet, und dass ein möglichst großer Teil der Bevölkerung am wachsenden Wohlstand partizipiert.

Der gute Kapitalismus verhält sich dabei zum ungezähmten Kapitalismus wie der domestizierte Hund zum wilden Wolf: Die Verwandtschaft ist unbestreitbar, aber die Ausprägung ist höchst unterschiedlich. Der domestizierte Hund ist seit Jahrtausenden ein enger Freund, Begleiter und Helfer des Menschen. Als Wach-, Schäfer- oder Lawinenhund übernimmt er wertvolle Dienste und ist weitgehend ungefährlich für seinen Halter. Einen Wolf dagegen würde man ungerne im Haus haben, weil eben die wilden, gefährlichen Seiten dominieren.

Historisch hat es einen »besseren«, vielleicht sogar einen »guten« Kapitalismus tatsächlich auch schon gegeben: Man kann die Zeit zwischen dem Zweiten Weltkrieg und den 70er Jahren durchaus für viele der westlichen Länder als Zeit des »guten Kapitalismus« begreifen: Die Einkommen und der Lebensstandard der breiten Massen stiegen in dieser Zeit rasant, die Un-

gleichheit in den reichen Ländern hielt sich in Grenzen, die Arbeitslosigkeit war niedrig und es gab kaum tiefe wirtschaftliche Krisen.

Diese Zeit ging einher mit stark regulierten Märkten: Zwar wurde weltweit der Warenhandel zunehmend liberalisiert, im Inland aber blieben die Arbeitsmärkte stark reguliert, mit starken Gewerkschaften. Vor allem aber galten enge Regeln, was Finanzinstitute durften und was nicht; internationale Kapitalströme unterlagen ebenfalls klaren und zum Teil strikten Regeln.

Wirkungsvolle Regulierung statt Austeritätspolitik

Vom guten Kapitalismus der Nachkriegszeit zum schlechten Kapitalismus der Jahre ab 2000 ist viel passiert: Angestoßen von der Ideologie der Chicago School, die auf möglichst unregulierte Märkte setzte, wurden in den 70ern die Wechselkurse freigegeben und internationale Kapitalströme dereguliert. Politisch aufgegriffen wurde diese Ideologie zunächst von Ronald Reagan in den USA und Margaret Thatcher in Großbritannien, später von Regierungen in praktisch allen westlichen Industrieländern. Unter der Fahne der Angebotspolitik wurden die Güter-, Dienstleistungs- und Arbeitsmärkte weltweit dereguliert und die Finanzmärkte weiter entfesselt – in Deutschland sogar noch unter der rot-grünen Regierung zwischen 1998 und 2005.

Nicht alle Reformen der vergangenen Jahrzehnte waren dabei falsch. Es gibt kaum Gründe, sich die regulierten Telekommunikations- oder Dienstleistungsmärkte der 60er Jahre zurückzuwünschen. Klar ist aber auch, dass deutlich stärker regulierte Finanzmärkte nötig sind, mehr Stabilität auf dem Arbeitsmarkt und strengere Grenzen für die Ausbeutung natürlicher Ressourcen.

Insbesondere die Freiheit, die die Politik weltweit in den vergangenen Jahrzehnten den Finanzmärkten geschenkt hat, hat sich als klarer Fehler herausgestellt. Die Finanzmärkte haben gleich mehrfach dazu beigetragen, dass sich der Kapitalismus in den vergangenen Jahren von der netten, domestizierten Art zu der wilden, gefährlichen Art gewandelt hat.

Wie heute in jedem Feuilleton zu lesen ist, haben intransparente Finanzmärkte, absurde Bonusanreize, unregulierte Schattenbanken und komplizierte Verbriefungsstrukturen die US-Subprime-Hypothekenkrise ab 2007 überhaupt erst möglich gemacht. Damit hat die aktuelle Weltfinanzordnung nicht nur die Weltwirtschaft an den Rand einer neuen Depression gebracht, sondern auch die Politikagenda für die kommenden Jahre diktiert: Weil der Konjunkturerinbruch 2008/9 und die hohen Kosten der Bankenrettung für einige Länder direkt in die Staatsschuldenkrise geführt haben, wird derzeit plötzlich über den Rückbau des Staates und immer neue Austeritätsprogramme statt über wirkungsvolle Reregulierung etwa des Finanzmarktes diskutiert.

Die zerstörerische Logik der Finanzmärkte

Aber die Finanzmärkte haben hier nicht alleine gewirkt. Eine ebenso zentrale Ursache für die jüngste Krise ist die wachsende Ungleichverteilung von Einkommen seit den 70er Jahren. Weil ein immer größerer Teil der Einkommen immer weniger Menschen zufließt, gab es eine strukturelle Schwäche der Endnachfrage: Bezieher großer Einkommen sparen nämlich empirisch mehr als die ärmeren Schichten. Wenn immer mehr Einkommen den Reichen zufließt, kann deshalb der aus Einkommen gespeiste Konsum nicht mehr ausreichend wachsen. Hier haben die Finanzmärkte eine doppelt problematische Rolle gespielt:

Zum einen haben sie mit wachsenden Renditeansprüchen zur wachsenden Ungleichverteilung beigetragen. Zum anderen haben sie die fundamentale Konsumschwäche vor allem in den USA und Großbritannien dadurch überspielt, dass sie zunehmend Kredite an die privaten Haushalte vergeben haben, die damit auch ohne Einkommensplus ihren Konsum steigern konnten.

Der zerstörerische Einfluss der Finanzmärkte in den vergangenen Jahren ist kein Zufall. Er basiert vielmehr auf der Funktionslogik der Finanzmärkte, die lange von der ökonomischen Theorie vernachlässigt wurde und heute noch von vielen Ökonomen bestritten wird. Die meisten modernen ökonomischen Modelle enthalten einen sogenannten »effizienten Finanzmarkt«. Unter diesem Begriff verstehen Ökonomen Finanzmärkte, auf denen die Preise für verschiedene Wertpapiere immer alle verfügbaren Informationen richtig widerspiegeln. Weil diese Finanzmärkte damit in den Preisen mehr Wissen aggregieren, als es Regierungen jemals möglich wäre, wird den Märkten eine zentrale Rolle in der Steuerung von Volkswirtschaften zugeschrieben, etwa wenn es um die Frage geht, wo, wann und wie viel investiert wird. Läuft alles nach Plan, ist ein solcher Finanzkapitalismus anderen Formen des Kapitalismus überlegen.

In der Realität haben Finanzmärkte mit diesem Bild wenig zu tun. Was wir vielmehr beobachten, sind massive Übertreibungen bei den Preisen von Aktien, Anleihen und Währungen nach oben und nach unten. Spekulationsblasen verschwinden mitnichten schnell, sondern blähen sich – wie jene auf dem spanischen oder dem US-Immobilienmarkt – über Jahre auf, um dann zu platzen. Während sich die Blasen aufblähen, kommt es zu einer gigantischen Fehlverwendung von Kapital – wie etwa in weitgehend leer stehende Stadtteile in Spanien oder in absurde Internet-Startups Anfang des Jahrtausends. Wenn

die Blasen platzen, kommt es zu tiefen Krisen mit steigender Arbeitslosigkeit.

Weil die Probleme an den Finanzmärkten weniger mit falschen Anreizen als mit der grundsätzlichen Funktionslogik von Finanzmärkten zu tun haben, reicht es nicht, ein paar Verantwortlichkeiten klarer zuzuordnen und etwa die Anforderungen für Eigenkapital im Bankensektor zu erhöhen. Vielmehr muss die fundamentalere Frage gestellt werden, welche Rolle der Finanzsektor in der Wirtschaft spielen soll und welche Aktivitäten er überhaupt betreiben darf.

Keine Frage: Kredite sind grundsätzlich nichts Falsches und wichtig auch und gerade im guten Kapitalismus. Kredite für neue Unternehmensinvestitionen etwa erlauben, Unternehmern mit guten Ideen diese auch ohne große Ersparnisse in die Realität umzusetzen. Ohne Hypothekenkredite gäbe es in Deutschland wahrscheinlich kaum Mietwohnungen. Insgesamt erlauben damit Kredite, ein höheres Investitionsniveau und damit mehr Wohlstand in einer Volkswirtschaft zu ermöglichen.

Deshalb muss es in erster Linie darum gehen, dem Finanzsektor einen Rahmen zu geben, dass sich Finanzinstitute wieder auf ihre wichtige, gesellschaftlich nützliche und gewünschte Aufgabe fokussieren: Kredite für produktive Zwecke an Unternehmen und Privathaushalte zu vergeben und Ersparnisse bei den Haushalten einzusammeln. Eine breite Masse intransparenter Finanzinstrumente hat in einem solchen System ebenso wenig zu suchen wie massive spekulative Aktivitäten.

Oder in anderen Worten: Der Staat müsste ganz massiv eingreifen, um einen viel kleineren, viel fokussierteren Finanzsektor mit aus Bankierssicht eher langweiligen Produkten wie Sparkonten, Festgeldern, Aktienfonds und Anleihen auf der einen Seite und Unternehmens- und Hypothekenkrediten auf der anderen Seite zu erreichen.

Eine weitgehend unkontrollierte Dominanz der Finanzmärkte über unsere Wirtschaft – und zunehmend sogar über die Politik –, wie wir sie derzeit erleben, steht dagegen in klarem Widerspruch zur Vision eines guten Kapitalismus. ■

Sigrid Baringhorst

Politischer Konsum – eine neue Form kreativer politischer Partizipation

Wenn es um die Regulierung eines als ungezügelt wahrgenommenen Kapitalismus geht, rückt mehr und mehr auch die Verantwortung und Macht der Konsumenten in den Mittelpunkt. Politischer Konsum lautet das Stichwort. Doch welchen Einfluss hat er genau und wo stößt er an Grenzen?

Sigrid Baringhorst

ist Professorin für Politikwissenschaft an der Universität Siegen. Zurzeit leitet sie ein DFG-Projekt zu *Consumer Netizens. Neue Formen der Bürgerschaft zwischen politischem Konsum und Social Web* (<http://blogs.uni-siegen.de/consumer-participation/projekt/>).

Baringhorst@politikwissenschaft.uni-siegen.de



Nicht nur Spitzenpolitiker sehen sich zunehmenden moralischen Rechtfertigungszwängen gegenüber. Auch privatwirtschaftliche Unternehmen – insbesondere bekannte Markenfirmen aus der Konsumgüterindustrie – stehen angesichts gewachsener Transparenz- und Gerechtigkeitserwartungen unter Druck, Profitma-